

Zeitung der FAU-Ortsgruppe Münster - Nr. 14, Februar 2003

NO WAR BUT CLASS WAR!

Mit allen Mitteln gegen den Krieg!

Der Krieg der USA gegen den Irak hat längst begonnen. Die Bombardierung des irakischen Staates hat seit dem Kuwait-Krieg nie aufgehört, höchstens gab es Pausen – aber die gibt es auch in erklärten Kriegen. Seit Mitte 2002 bombardieren die USA vermehrt auch zivile Ziele und kommen dem Kriegszustand damit bedeutend näher – dieser Zustand gilt nur aus dem Grund nicht als Krieg, weil die Medien ihn nicht so nennen! Er wurde rechtlich nicht erklärt und die Bilder, die wir seit dem Kuwait-Krieg gewohnt sind, strömen zur Zeit nicht über den Äther. Aber auch der Kosovo-Krieg wurde lange nicht als solcher bezeichnet und als „humanitäre Intervention“ benannt – war er deswegen kein Krieg?

Die Ideologen der „Neuen Weltordnung“ versuchen uns weis zu machen, daß ihre „neuen Kriege“ „gerechte Kriege“ seien. Sie argumentieren, wie etwa Samuel P. Huntington oder Bassam Tibi, daß es einen „Krieg der Kulturen“ gäbe, etwa zwischen Islam und „westlicher Welt“, schaffen damit einen neues Feindbild und einen neuen (konstruierten) Fundamentalkonflikt. Natürlich behalten sie recht, denn das Wort

der menschenverachtenden Politik mit anderen Mitteln, immer noch geht es um den Aufbau, die Erweiterung oder die Veränderung von Staaten. Die neuen Gewänder präsentieren sich in veränderten Ausreden zur Kriegsführung und in veränderten Strategien der Kriegsführung – beides ist nicht weiter verwunderlich und historisch alles andere als einmalig: Kriegsbereite Regierungen haben immer neue Ausreden für Kriege gefunden und veränderte Umstände verlangen nach neuen Strategien.

Wir wollen nicht verschweigen, daß es fundamentalistischen Ideologen natürlich auch auf der anderen Seite gibt. Extremislamistische Verfechter eines „heiligen Krieges“ argumentieren den Huntingtons, Tibis und Bushs strukturell sehr ähnlich, das ist schon am Vokabular erkennbar. Das sagt aber noch nichts über die Religion Islam aus. Dieser hat genau jenes destruktive Potential wie jede andere dogmatische Religion auch.

Uns ist klar, daß George W. Bush nicht der einzig Verantwortliche für diesen Krieg ist und Öl nicht der einzige Grund, aber dennoch ein bedeutender. Es geht um eine vorherrschende Machtstellung, in der die

„Fronten“ alles andere als klar sind: Die gesamte sogenannte „westlich-zivilisierte“ Welt hat ein vitales Interesse an einer solchen Vorherrschaft, andererseits sind die Interessen z.B. der EU und der USA innerhalb dieses Systems teilweise vollständig verschieden voneinander. Öl ist einer von mehreren materiellen ausdrücken dieses Herrschafts- und Machtinteresses. Angeblich „ethische“ Gründe, die einen sogenannten „gerechten Krieg“ legitimieren würden, was neoliberale Spinner wie Fukuyama und Huntington mit einer sogenannten „linken“ Strömung hierzulande einhellig behaupten, sind Banane. Es wurde noch nie ein Krieg geführt, um irgendeine Ethik zu schützen – das war höchstens Argument nach außen. Die Alliierten haben nicht gegen die Nazis gekämpft, um Konzentrationslager zu verhindern (einige Soldaten vielleicht schon, aber das war nicht das Interesse ihrer Befehlshaber), die NATO hat nicht Jugoslawien angegriffen, um Kosovo-Albaner oder gar Roma zu schützen (Scharpings Krokodilstränen sprechen Bände...) und der Krieg gegen Afghanistan wurde nicht geführt, um den dort heimischen Frauen ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen.

Interhelpo – das klingt gewöhnungsbedürftig. Kann man das essen? Nein, das ist Esperanto und bedeutet „gegenseitige Hilfe“. Warum Esperanto? Esperanto ist eine internationale Sprache der ArbeiterInnenbewegung, die sich Anfang des Jahrhunderts entwickelte. Es soll sprachliche Verständigung ermöglichen, die nationale Grenzen überwindet – genau wie eine solche Bewegung diese Grenzen sprengen muß. Warum „gegenseitige Hilfe“? Gegenseitige Hilfe ist ein solidarischer Grundsatz, den wir als FAU verfolgen. Erstmals formuliert wurde er von Peter Kropotkin in seinem Buch „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“, und stellt einen unverzichtbaren Teil anarchistischer Theorie und Praxis dar.

eines „Theoretikers“ wie Huntington hat im Pentagon (wo er vormals gearbeitet hat) Gewicht. Wenn die Kriegsministerien des Westens so handeln, wie sie laut neokonservativer „Theoretiker“ handeln sollen, entsteht dieser zuvor „analysierte“ Konflikt natürlich. Trotzdem sind diese „neuen“ Kriege nichts weiter als alte Krieg in neuem Gewand: Immer noch sind sie die Fortsetzung

Schröder würde wie Bush handeln, dieses Handeln vielleicht etwas besser verschleiern, wie auch Bushs Vorgänger Clinton seine Kriegspolitik besser verschleiert hat, wenn er ein ökonomisches oder Machtinteresse daran hätte. Die bundesdeutsche Regierung ist ungefähr so pazifistisch wie UdSSR sozialistisch war – nämlich gar nicht! Die EU als quasistaatliche Einheit würden wie die USA handeln und Deutschland erst recht. Nach wie vor gilt die Parole „Deutsche Waffen, deutsches Geld morden mit in aller Welt!“

Daß die Multinationalen Konzerne aus jedem Krieg Kapital zu schlagen versuchen und dies auch hervorragend funktioniert, ist eine Binsenweisheit. Ob dies durch die Anlieferung von Waffen und Rüstungstechnologie, durch Erdölmonopole oder durch die Einführung bestimmter Währungen – wie etwa der DM bzw. des Euro nach dem Kosovo-Krieg – in Krisengebieten geschieht, ist dabei erst mal zweitrangig. Genauso wie klar ist, daß Krieg dazu benutzt wird, Kapital anzuhäufen, sollte aber auch klar sein, daß ein Krieg nicht nur angezettelt wird, um dieses zu tun: Das funktioniert in „Friedens“zeiten nämlich ebenso, deshalb u.a. ist oftmals die Rede von „Wirtschaftskrieg“. Den Kapitalanhäufern kann es im Prinzip egal sein, ob Krieg herrscht oder nicht, genauso wie sie mittlerweile gelernt haben, eine parlamentarische Demokratie genauso zu nutzen wie eine Diktatur.

Dabei sei aber nicht vergessen, daß das alles ganz anders aussehen könnte, wenn es nicht die Kluft zwischen der ehemaligen „Ersten Welt“ und der sogenannten „Dritten Welt“ gäbe. Denn auch wenn es für die bestehende Weltwirtschaftsordnung okay und sogar von Vorteil ist, daß im reichen Nordwesten angeblich „freie“ Demokratien herrschen und Krieg zumeist abwesend ist (was nicht Frieden bedeutet), so werden im „armen Süden“ immer noch Diktaturen finanziell unterstützt, Freiheitsbewegungen mit Mitteln und Strategien aus der „Ersten Welt“ bekämpft und kriegsführenden Parteien wird die Kohle in den Arsch geschoben.

Ob das kapitalistische System ohne Krieg (und staatliche Diktatur) auskommen würde, muß dahingestellt bleiben, da wir diesen Zustand einfach nicht beobachten können. Die neoliberale Politik des Globalismus braucht Nationalstaaten nach wie vor, nur den Sozialstaat kann sie nicht gebrauchen – Militär-, Repressions- und Polizeistaat aber sind ihr um so willkommener. Konkret spart dies Geld, und das Geld kommt und kam schon immer von denen, die darunter zu leiden haben.

Sollte es tatsächlich geschehen, daß Militär und Polizei einst in privates Eigentum übergehen, so wird dies sicherlich ebenfalls aus Lohnabzügen der ArbeitnehmerInnen finanziert werden. Da ist es doch allemal bequemer, diese Arbeit einem Staat, der dazu noch Identifikation in Form eines Nationalbewußtseins schafft und mit diesem Argumente für repressive Organe propagiert, zu überlassen. Konzerne, die soweit wären, Polizei und Militär in ihren Händen zu monopolisieren, wären nichts anderes mehr als Staaten. Der Staatskapitalismus des ehemaligen Ostblocks wäre unter anderen Vorzeichen nahezu wiederhergestellt. Diese düste-

re Zukunftsvision ist jedoch trotz „Weißer Garten“ und „Schwarzer Sheriffs“ erst mal reine Phantasie.

Die Bedingung für Staat und Kapital ist Krieg, und wenn nicht dieser, so zumindest die Bereitschaft zum Krieg und die Akzeptanz der Möglichkeit des Krieges. Dies ist integraler Bestandteil jeglicher Staatsideologie. Zu erwarten, daß es einen antimilitaristischen Staat oder einen ohne irgendeine Form von Militär geben könne, ist nicht einmal mehr Utopie, es ist nichts als Schwachsinn. Krieg gehört zur Staatsräson.

Eines ist klar: In Kriegen geht es meistens um den Besitz ökonomischer Güter und um deren Umverteilung von unten nach oben, immer aber geht es um Machterhalt, Machtzuwachs und Herrschaft. Kapitalismus und Staatlichkeit sind die notwendigen

Grundvoraussetzungen für Krieg, darum kann es auch keinen gerechten Krieg geben.

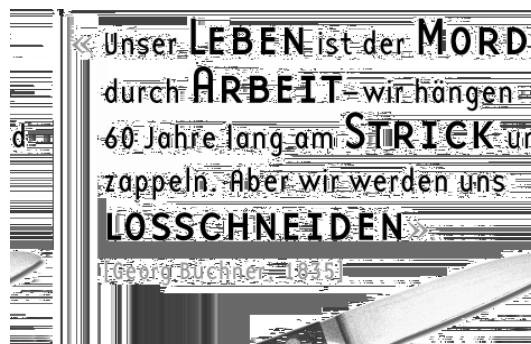
Die legitimen Kämpfe der Unterdrückten, sei es der Aufstand der Zapatistas in Chiapas/Mexico, die militant geäußerte Wut des ausgebeuteten Arbeiters oder der (pro)feministische Kampf gegen das Patriarchat, all dies sind keine Kriege, sondern

nach wie vor bezeichnen wir dieses Aufbegehren als Klassenkampf. Dieser richtet sich gegen Staat und Kapital, die uns ihre Kriege aufzwingen und ist deshalb immer auch antimilitaristisch. Daher lautet unsere Parole:

No War but Class War!

Just do it:

1. Verhinderung des Aufmarsches der eigenen Streitkräfte
2. Verminderung der Wehrbereitschaft der Soldaten und der Bevölkerung
3. Organisierung und Praktizierung von Protesten, Streiks und zivilem Ungehorsam gegen die eigene kriegsbereite Regierung
4. Unterstützung desertierender Soldaten
5. Unterstützung von Soldaten die die Befehlsausführung verweigern
6. Wehrpflichtentziehung
7. Unbrauchbarmachung von Waffen.



[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer



PROBEHEFT

DIREKTE AKTION
Mühlgasse 13
60 486 Frankfurt a.M.

anarchosyndikalistische Zeitung

Scheiß-Tarifvertrag gefällig?

Wie ver.di und IG Metall ihren Einfluß auf den Knochen von LeiharbeiterInnen und Arbeitslosen ausdehnen wollen.

Im Zuge der Einführung der sog. "Hartz-Gesetze" hat die Bundesregierung beschlossen, die Vorschriften für Leiharbeit zum 1. Januar 2004 zu lockern. Die neuen Regelungen haben nicht nur Auswirkungen auf diejenigen Arbeitslosen, die demnächst von Arbeitsamt in die Leiharbeit zwangsvermittelt werden, sondern auch für die derzeit rund 800.000 anderen Beschäftigten bei Leiharbeitsfirmen.

Im Austausch für die Lockerung der gesetzlichen Bestimmungen gab es einen Deal zwischen SPD und DGB. So wurde im Gesetz verankert, dass LeiharbeiterInnen grundsätzlich ebenso viel (oder wenig) verdienen sollen, wie die Stammebelegschaften des Entleihbetriebes. Irgendwelcher Jubel wäre dabei allerdings verfrüht, denn die Hintertür folgt auf dem Fuße. Von dieser Rege-

wie der Name schon sagt, für alle ArbeiterInnen einer Branche, nicht nur für die Mitglieder der abschließenden Gewerkschaft. Kein Wunder also, dass im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen DGB und dem Bundverband Zeitarbeit (BZA) bereits von dieser Regelung die Rede ist.

Selten wird so deutlich wie im Augenblick, wie eng die DGB-Gewerkschaften und die SPD gegen den lohnarbeitenden Teil der Bevölkerung zusammenarbeiten. Noch bevor der erste Teil der Hartz-Gesetze verabschiedet war, kündigte Clement schon mal an, dass ihm die Gewerkschaften des DGB zugesichert hätten, einen Tarifvertrag mit den Sklavenhändlern abzuschließen, der mindestens 20 Prozent unter den Löhnen in den Entleihfirmen liegen würde.

Von einem solchen Deal haben auf den ersten Blick fast alle etwas: Die Firmen, die ArbeiterInnen bei Sklavenhändlern einkaufen und die damit einen Flexibilitätsvorteil und die Möglichkeit zur gegenseitigen Auspielung von Teilen der Belegschaften zu geringeren Preisen erhalten. Die DGB-Gewerkschaften - namentlich ver.di und IG Metall - die von der SPD die Möglichkeit zu einem flächendeckenden Tarifvertrag in einer Branche zuschanzt bekommen haben, in der die wenigsten organisiert sind. Schließlich natürlich die Bundesregierung, die mit Hilfe des DGB versucht, flächendeckend schlechte Bedingungen in einem Segment des Arbeitsmarktes durchzusetzen und das so zu verkaufen, als würde nun alles zum Wohle der Beschäftigten geregelt.

Die Verlierer dieser gegenseitigen Gefälligkeiten zum Wohle aller beteiligten Bürokratien stehen bereits vor Abschluß der Verhandlungen fest. Da sind zum einen diejenigen von uns, die immer mal wieder beim Sklavenhändler anschaffen gehen. Dazu kommen demnächst die Arbeitslosen, die in die Fänge der "Personalservice-Agenturen" (PSA) geraten sind. Bei ihnen sieht es noch übler aus, weil sie selbst auf die miesen Gefälligkeits-Tarife nur für die Zeit Anspruch haben, in der sie effektiv verliehen werden. Für die meiste Zeit wird es bestenfalls Arbeitslosengeld geben.

Perspektivisch ist die Neuregelung aber als Angriff auf die Stammebelegschaften gedacht. In Deutschland steigt der Anteil der Leiharbeit an der Gesamtbeschäftigung zwar. Verglichen mit unseren KollegInnen in anderen europäischen Regionen ist er aber immer noch vergleichsweise niedrig. Die Wirtschaft fordert deshalb seit Jahren Änderungen, denn sie ist an flexibler und möglichst kurzfristig und unkompliziert mobilisierbarer Arbeitskraft interessiert. Je einfacher Leiharbeit zugekauft werden kann, desto kleiner können theoretisch die Stammebelegschaften sein und desto größer ist der Lohn- und Zeitdruck auf uns. Dieser Forderung versucht die Bundesregierung mit der Neuregelung nachzukommen, mit der gleichzeitigen Option, Teile der Arbeitslosen für den Zeitarbeitsmarkt zu mobilisieren oder zumindest damit zu drohen.



lung kann abgewichen werden, wenn die Leiharbeitsbranche Tarifverträge mit einer Gewerkschaft abschließt.

Der vermeintlich "gleiche Lohn für gleiche Arbeit" hat keine andere Funktion, als die Sklavenhändler an den Verhandlungstisch mit ver.di und der IG Metall zu zwingen. Entweder sie schließen einen flächendeckenden Tarifvertrag mit den Gewerkschaften ab, der selbstverständlich deutlich unter dem "equal pay" liegen darf, oder sie laufen Gefahr, am 1. Januar 2004 den Sklaven die gleichen Ecklöhne wie im Entleihbetrieb zahlen zu müssen.

Nun ist es in der Theorie eigentlich so, dass Tarifverträge nur für Mitglieder der Gewerkschaft gelten, die sie mit den Bossen abgeschlossen hat. Das sind die wenigsten der ArbeiterInnen, die bei einem Sklavenhändler arbeiten. Und selbst die, die gewerkschaftlich organisiert sind, würden das stillschweigend vergessen. Denn es wäre ja schön blöd, auf die bessere gesetzliche Regelung ("equal pay") zu verzichten, wenn einem Tarifvertrag der "eigenen" Gewerkschaft eine Verschlechterung bringt. Von den erwerbslosen ArbeiterInnen, die sich demnächst in großer Zahl für häufige, aber kurze Zeitspannen bei den Sklavenhändlern wiederfinden werden, mal ganz zu schweigen.

Zum Glück für Bosse und DGB gibt es allerdings auch hier ein Geschenk der Politik. Diese hat die Möglichkeit, Tarifverträge für "allgemeinverbindlich" erklären zu lassen. Sie gelten dann,

Ob Regierung, DGB und Bosse mit ihrem Deal auf unsere Kosten durchkommen, ist noch nicht ausgemacht. Das wird nicht zuletzt davon abhängen, was wir bereit sind, mit uns machen zu lassen. Das Sklavenhändler-Gewerbe ist ein ziemlich unreguliertes, in dem die DGB-Gewerkschaften mit ihren Befriedenstrukturen niemals richtig Fuß gefasst haben. Die Bosse in der Branche sind in verschiedene Interessengruppen zersplittert und untereinander völlig zerstritten. Die meisten von uns, die bei Sklavenhändlern anschaffen gehen, machen das mit der Perspektive, möglichst schnell was anderes zu finden. Mithin einige gute Voraussetzungen für eine Strategie der Nadelstiche und der Direkten Aktion. Diese Situation wird sich vermutlich noch verbessern, wenn erst die in größerem Umfang zwangsvermittelte Ar-

beitslose mit Null Bock auf Scheissjobs bei den Sklavenhändlern auflaufen werden. Das könnte eine lustige Mischung von Sklaven werden, deren vornehmliches Interesse es ist, nicht oder so wenig als möglich ausgelutscht zu werden und den Job möglichst schnell wieder quitt zu werden. Und nebenbei sollten wir natürlich nicht vergessen, den KollegInnen immer wieder deutlich zu machen, dass die professionellen Befrieder der DGB-Gewerkschaften ihre Gefälligkeits-Tarifverträge im Interesse ihrer Spezies in der Politik und dem der Firmen, deren Co-Management sie betreiben, abschliessen – aber

NOT IN OUR NAME!

Kriegsmaschinerie abstellen! Kommt zur Schaltzentrale!

NEIN zum Krieg!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen das deutsch-niederländische Korps am 15.03.2003 in Münster

Mit den Veränderungen durch die sogenannte “Globalisierung” findet auch eine Neubewertung der Rolle des Militärs und der Gewalt in der Außenpolitik statt. So wie wir die seit 1991 stattfindenden “Weltordnungskriege” der kapitalistischen Hauptländer erleben müssen, stellen wir seit Beginn der Neunziger Jahre die zunehmende Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik fest. Über die gesamte Bundesrepublik verteilt gibt es Orte, an denen sich dieser Wandel deutlich zeigt. Einer dieser Orte ist Münster in Westfalen, eine Stadt, die sich gerne als “Friedensstadt” präsentiert, da hier 1648 der Dreißigjährige Krieg mit dem Friedensschluß sein Ende fand.

Münster verfügt über eine militaristische Geschichte und ist schon sehr lange Garnisonsstadt. Hier befinden sich heute bedeutende Teile jener Struktur, die es der Bundesrepublik erlaubt, Soldaten in weit entfernte Regionen der Welt zu schicken, um am globalen Blutvergießen für mehr Macht und für den sicheren Zugang zu wichtigen Rohstoffvorkommen teilzunehmen. Neben dem Lufttransportkommando der Bundeswehr, das alle Versorgungs- und Nachschubflüge für die im Ausland stationierten Bundeswehreinheiten koordiniert, findet sich in Münster auch das Deutsch-Niederländische Korps, eine wichtige Säule der neuen deutschen Militärpolitik.



Das Deutsch-Niederländische Korps

1995 als Teil der militärischen NATO-Struktur gegründet, wurde das Deutsch-Niederländische Korps gemäß des Washingtoner NATO-Vertrages von 1999 in den vergangenen Jahren zu einem “High Readiness Forces Headquarter” umgebaut. Seither steht es als Hauptquartier für die sog. Schnellen Eingreiftruppen der NATO zur Verfügung. Das Korps umfaßt zwar nicht mehr als 1.500 Soldaten, jedoch können seiner hochflexiblen Komman-

dostruktur bis zu 60.000 NATO-Soldaten unterstellt werden. Die Schnellen Eingreiftruppen der NATO können innerhalb von sieben bis zwanzig Tagen an jeden Ort der Welt verschoben werden.

Aufgrund seiner Binationalität wurde das Korps seit seiner Gründung propagandistisch als wichtiger Beitrag zur “Völkerverständigung” dargestellt.

NEIN zu den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr!

Seit Februar hat das Deutsch-Niederländische Korps die Führung der in den hiesigen Medien als “Schutztruppe” bezeichneten ISAF in Afghanistan inne. Die Funktion der “lead nation” übten zuvor die US-Streitkräfte sowie die türkischen Militäreinheiten aus, denen während des längst stattfindenden Irakkrieges neue Aufgaben zukommen. Insofern ermöglicht der erste Einsatz des Korps als “Hauptquartier” – in diesem Fall von UNO-Truppen in Afghanistan -, die Freistellung von Militäreinheiten, die dringend zur Führung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen den Irak benötigt werden.

* Dies allein ist für uns schon Grund genug, den Abzug des Korps aus Afghanistan zu fordern.

* Ebenso fordern wir den Abzug der Einheiten der Bundesmarine rund um Ostafrika, die dort die für die westlichen Ökonomien wichtigen Rohstofftransportrouten sowie die militärisch wichtigen Nachschubwege zum Golf kontrollieren.

* Und wir fordern den Abzug der Bundeswehrsoldaten, die in den AWACS-Flugzeugen “über der Türkei” ihren Dienst tun, um die Bomberflüge über dem Irak zu ihren Zielen zu leiten.

